Landeshauptstadt Potsdam
Bereich Marketing/
Kommunikation

Information

Potsdam, 26.11.2010

Rede des Oberbürgermeisters Jann Jakobs
zur Amtseinführung

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

ich möchte mich zunächst bei allen Wählerinnen und Wählern für das Vertrauen bedanken, mich noch einmal für acht Jahre wiedergewählt zu haben. Das empfinde ich als einen enormen Vertrauensbeweis und als große Verpflichtung. Mein Dank gilt auch den sechs Mitbewerbern für die spannende, anspruchsvolle, bisweilen nervenaufreibende, aber immer faire Auseinandersetzung.
Aus dem Wahlkampf für das Amt des Oberbürgermeisters ist mir eine Szene im Gedächtnis geblieben. Darüber denke ich seither intensiv nach. Beim Wahlforum der Märkischen Allgemeinen Zeitung bekamen die Kandidaten in einer großen Fragerunde jeweils eine Gelbe Karte überreicht. Sie sollten sie dazu nutzen, bei der Antwort eines Kontrahenten ein Veto einzulegen, um selbst noch einmal direkt reagieren zu können. Ich habe die Gelbe Karte schon früh ausgespielt und danach keine Chance mehr gehabt, zu dem einen oder anderen angesprochenen Thema etwas zu sagen. Früh hatte ich das Mitspracherecht verloren.
Warum erzähle ich das? Weil Mitsprache wichtig ist. Weil man die Möglichkeit erhalten sollte, im richtigen Moment Einfluss zu nehmen. Und weil es im MAZ-Wahlforum wie in der Politik um geeignete politische Beteiligung geht. Ich möchte das jetzt nicht überhöhen, da der Wahlkampf inzwischen ja der Vergangenheit angehört, aber die Szene sagt etwas darüber aus, wie ich mir in den kommenden Jahren die Entwicklung unserer Stadt wünsche: Mit frühzeitigen Informationen über die Vorhaben in der Stadt. Mit einer rechtzeitigen Beteiligung der

Friedrich-Ebert-Str. 79-81, 14469 Potsdam
Tel.: 0331 289-1260 / Fax: 0331 289-1265
E-Mail: Presse@Rathaus.Potsdam.de
Pressesprecherin: Regina Thielemann
www.potsdam.de

Bürgerinnen und Bürger. Mit Einmischung. Und mit einem geordneten Verfahren. Aber dazu später mehr.

Meine Damen und Herren,
die Landeshauptstadt Potsdam hat in den vergangenen Jahren eine rasante Entwicklung genommen. Wir sind familienfreundlichste Stadt Deutschlands, haben die niedrigste Arbeitslosigkeit einer ostdeutschen Metropole. Wir sind Medien-, Wissenschafts- und Kulturstadt. Und wir wachsen. Durch Geburten und Zuzug erhöht sich die Bevölkerungszahl bis zum Jahr 2020 auf etwa 166.000 – was einer Zunahme von fast 10 Prozent entspricht. Das sind mehr als 1000 Potsdamer pro Jahr zusätzlich. Das ist eine gewaltige Zahl.
Und es umreißt die Herausforderungen der kommenden Jahre. Wir müssen nicht nur Arbeitsplätze für die Menschen schaffen, sondern auch Schul-, Kita- und Sportplätze.
Potsdam 2020 ist das Ziel. Das Motto lautet: Das Wachstum meistern.
Dafür ist, darüber müssen sich alle im Klaren sein, ein Kraftakt nötig. Denn der Spagat zwischen den künftigen finanziellen Möglichkeiten und den politischen Zielen unserer Stadt lässt sich nicht so einfach schließen.
Potsdam 2020 aber ist die Chance für eine sichere Zukunft der Landeshauptstadt. Das belegen zahlreiche Prognosen, die in den vergangenen Wochen und Monaten veröffentlicht wurden. Bei Prognos beispielsweise werden wir als dynamische, junge, aufstrebende Stadt mit guten Zukunftschancen beschrieben. In den Bereichen Demografie und beim Arbeitsmarkt liegt Potsdam unter den Top Ten in der Bundesrepublik Deutschland.
Eine noch bessere Entwicklung verheißt uns die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC. Sie schätzt, dass wir bis zum Jahr 2020 die Zahl der Erwerbstätigen um 19,6 Prozent steigern werden. Das geht aus der aktuellen Studie „Deutschland 2020“ der Analysten hervor. Damit verzeichnet die Landeshauptstadt laut PwC die höchsten Zuwachsraten der gesamten Hauptstadtregion. Auch bundesweit liegt Potsdam damit in der Spitzengruppe.
Die Hamburger Markenberatung Brandmeyer führt uns zudem unter 34 Städten bundesweit auf Rang 8. Darin wurden Kriterien abgefragt wie Sympathie, Wohn- und Lebensqualität, Wirtschaftskraft und Zuzugsbereitschaft. Besonders gut schneidet die Landeshauptstadt Potsdam in diesen Fragen vor allem bei jungen Familien und älteren Menschen ab.
Das sind alles tolle Ergebnisse. Doch wir sind nicht auf Titeljagd. Das ist nicht unser Ziel. Das ist etwas für Großwildjäger, die ihre eigene Befriedigung suchen. Mein Ziel ist es, die Menschen auf dem Weg mitzunehmen, ein Gemeinwesen weiterzuentwickeln und Potsdams Zukunftschancen zu nutzen.
Wir wissen inzwischen, dass sich 95 Prozent der Potsdamerinnen und Potsdamer gut und sehr gut in Potsdam zu Hause fühlen. Dass sie sich wohlfühlen. Diese Parameter sind ein klarer

Gradmesser nicht nur für die Beliebtheit Potsdams, sondern für die Lebensqualität und Zuversicht, mit der die Menschen hier leben. Es ist für uns eine Stärke und keine Schwäche, Patchwork-Stadt zu sein. Wir sind eine Stadt von Angestellten und Selbständigen, mit Reichen, mit weniger Wohlhabenden, Kulturbeflissenen und Spitzensportlern. Platz ist für alle da. Das Klima ist offen.

Manchmal habe ich das Gefühl, dass wir die Weiterentwicklung der Stadt auf hohem Niveau für selbstverständlich nehmen. Aber es ist eben nicht selbstverständlich. Wenn wir nichts getan hätten, nicht die richtigen Bedingungen geschaffen, nicht die Unterstützung der Akteure in Potsdam bekommen und mit ihnen geackert hätten, dann wären wir nicht so erfolgreich.

So ist es auch mit den Herausforderungen, die vor uns liegen. Sie zu meistern, ist nicht selbstverständlich. Wenn man sich anschaut, was für Anstrengungen in den vergangenen Jahren nötig waren, um die soziale Infrastruktur der Landeshauptstadt zu verbessern, um Straßen zu bauen, Schulen, Kitas und Wohnungen, dann weiß man auch, was vor uns liegt. Und ich rede dabei noch nicht einmal von den Kosten.

Das fällt uns nicht so einfach in den Schoß. Dafür müssen wir viel tun.

Ich nenne Ihnen die Zahlen nur einmal zur Anschauung: Jährlich bauen die Genossenschaften und Wohnungsbaugesellschaften im Schnitt etwa 600 Wohnungen zusätzlich. Im kommenden Jahr werden wir 700 Kita-Plätze schaffen. Wir bauen Potsdam mit viel Geld zu einer fahrradfreundlichen Stadt aus. Wir sanieren unsere Schulen. Und wir bauen neue. Zum Beispiel eine Grundschule und eine weiterführende Schule im Bornstedter Feld.

Um das einmal ganz deutlich zu sagen: Das bezahlen wir nicht aus der Portotasche. Das hat sich die Landeshauptstadt in den vergangenen Jahren buchstäblich verdient. Denn es war der guten Haushaltsführung zu verdanken, dass wir auch in den Zeiten, in denen uns die Wirtschaftskrise fest im Griff hatte, Spielraum besaßen, die eine oder andere Investition mehr zu tätigen als beispielsweise andere Städte und Kommunen.

Doch diese Zeiten sind vorbei. Die Frage, die uns in den kommenden Jahren daher beschäftigen wird, lautet: Was können wir uns angesichts der Haushaltslage überhaupt noch leisten? Wo sind unsere Schwerpunkte? Müssen wir uns nicht weitgehend von freiwilligen Leistungen verabschieden? Wie viele Investitionen sind überhaupt nötig? Ich habe darauf keine endgültige Antwort. Ich will das Bild auch nicht zu düster malen, aber jeder Politiker, Verwaltungsbeamte, Stadtverordnete oder Bürger kann sich einer solchen Fragestellung nicht entziehen, wenn er Verantwortung übernehmen will. Darüber müssen wir uns verständigen. Ich setze dabei auf die weitere intensive Zusammenarbeit mit der Stadtverordnetenversammlung.

Wachstum muss man managen. Das kann man nicht allein, denn ansonsten verbleibt ein gewaltiger sozialer Sprengstoff.

Die Bundesregierung ist uns dabei nicht gerade hilfreich. Das sei an dieser Stelle auch einmal angemerkt. Besonders abstrus war vor kurzem der Vorschlag des Bundesfinanzministers, dass die Städte und Kommunen den Anteil der Einkommenssteuer, über den sie dann selbst verfügen, selbst bestimmen sollen. Im Ergebnis entwickelt sich das zum Teufelskreis: Die heute schon schwachen Kommunen werden noch ärmer, die wohlhabenderen Städte noch stärker. Lokale Steuerflucht ist das Resultat.
Liebe Freunde in Berlin: Das ist unsozial und ungerecht. Und unlauter wird es dann, wenn uns die Bundesregierung damit ködern will, die Gewerbesteuer dann doch nicht abzuschaffen. Wir werden uns auf solche Kopplungsgeschäfte nicht einlassen! Und wir werden mit dem Deutschen Städtetag und dem Städte- und Gemeindebund dagegen Front machen, wenn diese Vorschläge tatsächlich auf den Tisch kommen.
Die Kommunen am Gängelband halten und sie langsam in den finanziellen Abgrund führen, werden wir nicht zulassen! Wir müssen uns im Klaren darüber sein, dass wir nicht die Reparaturwerkstatt für die Massenkarambolagen auf der bundespolitischen Autobahn sein können.

Meine Damen und Herren,
Potsdam 2020 steht vor großen Herausforderungen. Das hat natürlich Grenzen – nicht nur finanzielle. Am besten ist das an der Verkehrspolitik zu sehen: Potsdam ist ohnehin schon keine autogerechte Stadt. Mehr Menschen bedeuten aber auch mehr Verkehr. Sie bedeuten mehr Autos. Sie bedeuten aber nicht: Mehr Straßen. Wir müssen uns deshalb fragen, wie wir die zukünftigen Verkehrsströme intelligent lenken.
Aber auch bei der Schaffung von Wohnraum ist das zu beobachten: Im Stadtentwicklungskonzept Wohnen haben wir Standorte für insgesamt 10.000 Wohnungen ausgemacht. Davon liegen schon etwas mehr als die Hälfte an einer Straßenbahn- oder Buslinie. Das heißt im Umkehrschluss aber auch: Die andere Hälfte müssen wir noch erschließen. Das bedeutet auch eine Unmenge an Planungsleistungen und Vorarbeiten. Die weitere Entwicklung der sozialen Infrastruktur darüber hinaus, zum Beispiel, wo wir noch mehr Kitas und Schulen bauen, ist ungeklärt. Das ist kein aktuelles Problem, aber eine Frage der Zukunft.
Ich möchte an dieser Stelle an die Adresse der Kleingärtner und Garagenbesitzer, die heute bekanntlich zu einem Protest aufgerufen haben, aber auch noch etwas sagen: Wir halten uns an die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung! In den nächsten Jahren wird am Bestand der Kleingärten und Garagenplätzen nicht gerüttelt!

Meine Damen und Herren,
Potsdam 2020 ist aus meiner Sicht nur mit einer nachhaltigen, partizipativen und ökologischen Politik zu verwirklichen. Die Landeshauptstadt muss sich dabei auf fünf zentrale Politikfelder konzentrieren:
1.) die Familienpolitik
Sie ist das Herzstück unserer Entwicklung, der Mikrokosmos unserer Gesellschaft. Ich bin in einer 10-köpfigen Familie aufgewachsen, Sie werden es wissen: auf dem platten Land, wo nur die Deiche wachsen, in Ostfriesland. Ich habe eine eigene Familie gegründet. Ich weiß, was das bedeutet. Mir ist es daher wichtig, dass Menschen in Potsdam in allen Lebenslagen und Generationen ein Zuhause finden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht ganz oben auf meiner Agenda.
2.) die Bildungspolitik
Bildung ist heute lebenslang ein Thema. Wer nicht die Sprache beherrscht, nicht eine vernünftige Schulausbildung erhält, hat später geringere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Unsere Aufgabe als Stadt ist es, den jüngsten und jüngeren unserer Gemeinschaft gute, wenn nicht sogar sehr gute Bedingungen für ihren Lernalltag zu geben. Deshalb werde ich mich dafür einsetzen, dass die Stadt in diesem Bereich vorankommt.
3.) die Arbeitsmarktpolitik
Wer Arbeit hat, der trägt zum Gemeinwesen bei. Das wollen wir fördern. Meine Politik wird es sein, dass sich die Stadt auf ihre Stärken konzentriert. Das heißt: Potsdam muss sich dort weiter entwickeln, wo wir bisher schon gut waren, in Wissenschaft, Medien, Klimaschutz-Unternehmen, Informations- und Kommunikationstechnologie. Meine Politik wird es sein, mit Hilfe von IHK; Handwerkskammer, Arbeitgebern und Gewerkschaften den Fachkräftemangel zu beheben.
4.) die Wohnungspolitik
Potsdam braucht mehr Wohnraum. Ob auf dem Brauhausberg, der Speicherstadt oder im Bornstedter Feld – wo es geht, werden Wohnungen geschaffen. Ich habe veranlasst, dass die ProPotsdam ihre Gewinne in weitere Wohnprojekte investiert und dass sie Wohnraum sozial verträglich anbietet. Ich denke, wir können zusätzliche studentische Wohnungen gebrauchen. Erste erfolgreiche Schritte sind bereits getan.
5.) die Verkehrspolitik
Es gibt keine Alternative zum Ausbau des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs. Das sind wir nicht nur dem Klimaschutz schuldig, sondern auch der Tatsache, dass Potsdam nicht als Autostadt ausgebaut werden kann. Ich setze mich dafür ein, dass wir das Radverkehrsnetz fördern. Wir müssen ja nicht Münster nacheifern, aber fahrradfreundlicher können wir noch werden.

Meine Damen und Herren,
die ersten deutlichen Veränderungen auf dem Weg zu Potsdam 2020 werden wir in der Mitte der Landeshauptstadt bald sehen. Dort entsteht ein neuer Stadtteil, eben nicht als Verkehrsfläche, sondern als möglichst autofreier Platz mit Aufenthaltsqualität für die Potsdamer und ihren Gästen. Und in der Mitte herrscht der Souverän, das Volk! Im neu gebauten Schloss zieht der brandenburgische Landtag ein. Er verlässt den „Kreml“ auf dem Brauhausberg und rückt ins Zentrum der Landeshauptstadt. Das Äußere des Landtages wird zwar an das historische Potsdam erinnern, im Innern aber wird ein neuer, frischer, demokratischer Geist dominieren. Ich stimme dem früheren Innenminister Jörg Schönbohm ausdrücklich zu, wenn er sagt: „Im Innern des Schlosses wird sich aus der traditionsreichen Vergangenheit dieses Ortes eine neue Identität der Bürger für ihr Gemeinwesen entwickeln.“
Darauf setze ich. Eines meiner Projekte – ich sagte es eingangs – wird eine stärkere Information und Beteiligung der Bürger bei den Vorhaben in der Stadt sein. Politik darf nicht, darauf hat der Philosoph Peter Sloterdijk jüngst hingewiesen, immer mehr dem „Monolog eines Autistenclubs“ entsprechen. Wir müssen uns mehr mit den Menschen darüber auseinandersetzen, was wir tun wollen. Was wir planen, wie wir es umsetzen und wie die Bürgerinnen und Bürger informiert und beteiligt werden. Das wird zu schwierigen Debatten führen, die auch Kritik für Stadtverwaltung und die Politik insgesamt bringen dürfte. Das müssen wir aushalten.
Wir wissen: Die Debatten in dieser Stadt werden leidenschaftlich geführt. Diese Leidenschaft ist manchmal auch ein Hemmschuh. Zu schnell sind die Potsdamerinnen und Potsdamer intensiv bei der Sache, streiten mit Pflastersteinen gegen Asphalt, mit Naherholung gegen Gewerbegebiete, mit historischer Substanz gegen energiepolitische Notwendigkeiten.
Offene Diskussion, Prüfung der besten Lösung und am Ende klare demokratische Entscheidung. Darum geht es. Die Rathausführung kann sich da nicht ausklinken und sagen: Bürgerinnen und Bürger, macht mal! Natürlich haben wir eine eigene Meinung. Die vertreten wir auch. Aber wir werden auch die Bereitschaft aufbringen, uns überzeugen zu lassen. Das geht nur über Partizipation. Beteiligung ist immer ein Stück Unruhe, aber sie schafft nachhaltige Legitimation.

Willy Brandt hat einmal gesagt: „Wir sind keine Erwählten, wir sind Gewählte. Deshalb suchen wir das Gespräch mit allen, die sich um diese Demokratie bemühen.“

Demokratie heißt politische Beteiligung. Ich denke, dass wir mit dem Bürgerhaushalt schon erste gute Schritte in diese Richtung gegangen sind. Wir werden daran festhalten und an den einen oder anderen Stellschrauben drehen, um die Menschen noch stärker motivieren mitzumachen. Auch die neuen Medien können dabei eine Rolle spielen, um in den Dialog mit

den Bürgern zu treten. Die Diskussion in Potsdam über die Flugrouten ist so ein gutes Beispiel. Als wir aus der Zeitung erfuhren, dass sich die Routen verändern, haben wir umgehend reagiert: Wir haben das Ministerium angeschrieben und auf Mitsprache gepocht. Ergebnis: ein Sitz in der Fluglärmkommission. Wir haben die Potsdamer Bürgerinitiative Weltkulturerbe zu einem Gespräch eingeladen. Wir haben mit der BI eine Bürgerversammlung geplant und durchgeführt, um die Potsdamerinnen und Potsdamer zu informieren. Und wir haben zugesichert, dass wir auf unsere Internetseite www.potsdam.de alle Informationen und Neuigkeiten stellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
ich werde deshalb in den nächsten Jahren drei Initiativen vorantreiben, die eine noch bessere politische Beteiligung ermöglichen sollen:
Erstens:
Ich schlage vor, dass wir Stadtteilkonferenzen einrichten, wie es Benjamin Bauer von den Anderen im OB-Wahlkampf vorgeschlagen hat. Dort können die Akteure im Kiez an einem Tisch sitzen, über die Probleme vor Ort beraten und Lösungsvorschläge erarbeiten. Über die praktische Umsetzung müssen wir uns verständigen.
Zweitens:
Ich schlage vor, im Rathaus ein Büro für Bürgerbeteiligung einzurichten. Zugleich wird der Bereich, in dem der Bürgerhaushalt angesiedelt ist, aufgewertet, um den Ansprüchen eines noch besseren Bürgerhaushalts Rechnung zu tragen.
Drittens:
Ich schlage vor, in Potsdam das Instrument der Bürgerbefragung ins Leben zu rufen – und zwar so, wie andere Städte und Kommunen es schon seit geraumer Zeit praktizieren. In regelmäßigen Abständen wird dafür eine repräsentative Umfrage unter etwa 1000 Teilnehmern zum allgemeinen Wohlbefinden in der Stadt vorgenommen. Darüber hinaus finden in unregelmäßigen Abständen Befragungen zu speziellen politischen Themen statt. In Tübingen zum Beispiel ging es kürzlich um die Haushaltskonsolidierung und konkrete Fragen, wo gespart werden sollte. Die daraus gewonnen Antworten fließen dann direkt in die Politik ein. Das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung in Speyer betreut diese Bürgerpanels und müsste dann als Partner ins Boot geholt werden.

Meine Damen und Herren,
dies alles kann und will ich umsetzen. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten. Ohne Schnellschüsse. Sorgsam im Gespräch mit allen.
Machen wir uns aber nichts vor: Auf dem Weg zu Potsdam 2020 wird es Rückschläge geben. Es ist immer noch unsicher, ob wir den Uferweg am Griebnitzsee, für den wir so lange gekämpft

haben und der viel Geld kosten wird, auch tatsächlich realisieren können. Wir wissen nicht, ob das Leitbautenkonzept für Potsdams Mitte die Investoren bringt, die es benötigt. Ob Insolvenzen, Baustopps, Wirtschaftskrise uns nicht Stöcke zwischen die Beine werfen. Ob sich Arbeitsmarkt und Demografie wirklich so positiv entwickeln wie vorhergesagt. Es hilft nichts, rosarote Träume zu beschreiben und allen alles zu versprechen oder immer alles abzulehnen. Wir müssen auch ehrlich bleiben und sagen, dass nicht immer alles möglich sein kann. Oder dass nicht immer alles sofort umgesetzt wird. Diese Ehrlichkeit müssen wir aufbringen! Für diese glaubwürdige Linie stehe ich.
Worauf es letztlich wirklich ankommt, ist, ob wir Sparen, Vorsorge und Investitionen klug miteinander verbinden. Und ob wir unser Handeln so erklären können, dass die Bürger die Leitidee von moderner Wirtschaft, Bildungschancen für alle und Miteinander leben.
Das ist der Weg zu Potsdam 2020, den wir einschlagen wollen. Ich bin davon überzeugt, dass wir mit den tatkräftigen und engagierten Mitarbeitern der Stadtverwaltung, die einen wesentlichen Anteil am Erfolg haben, die Aufgaben lösen und das Wachstum meistern werden. Auch die Beigeordneten und die Stadtverordneten haben zu diesem Erfolg beigetragen. Sie sind nicht aus der Verantwortung entlassen. Im Gegenteil: Gemeinsam werden wir die Hürden, die noch vor uns liegen, überwinden müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
die ersten beiden Jahrzehnte als Landeshauptstadt liegen hinter uns. Potsdam ist in diese Rolle auch dank der kontinuierlichen Unterstützung durch die Landesregierung seit 1990 hervorragend hineingewachsen. Auch der Landtag Brandenburg und die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung feiern in diesem Jahr 20. Geburtstag. Das Toleranzedikt wurde 325 Jahre alt. Das neue Toleranzedikt ist jetzt zwei Jahre alt. Es geht das Jahr der Familie, es kommt das Jahr des Films. Im Jahr darauf feiern wir den 300. Geburtstag Friedrich des Großen.
Wir haben in den vergangenen Jahren hart daran gearbeitet, eine attraktive, dynamische Stadt zu bleiben. Wir waren nie so arm wie Berlin, vielleicht auch nicht so sexy. Wir sind sicher auch nicht hip und frech. Und schon gar nicht sind wir nur hübsch und brav. Aber wir sind reich an Ideen, reich an Chancen, an hart arbeitenden, zupackenden, diskussionsfreudigen Menschen. Setzen wir darauf, dass niemand in Potsdam zurückbleibt. Setzen wir auf die Kraft des sozialen Zusammenhalts. Setzen wir auf ein Potsdam, das offen und zukunftsgewandt ist. Bauen wir an einem Potsdam, in dem sich jeder Mensch zu Hause fühlt.
Der Große Kurfürst hatte schon 1664 gefordert: „Das gantze Eyland muß ein Paradies werden (...).“ Sie haben es vorhin von mir gehört: Ein Paradies habe ich Ihnen nicht versprochen. Aber für diese Stadt und diese Menschen zu arbeiten, darauf freue ich mich in den nächsten acht Jahren.